

Entlastungen auch für Nicht-Gaskunden

Politiker der Koalition positionieren sich beim Thema Ölheizung und Co.

Von Andreas Hoenig und Martina Herzog

Berlin. Für Gaskunden ist wegen der stark gestiegenen Kosten eine Preisbremse geplant – Politiker der Ampel-Koalition versprechen nun Entlastungen auch für andere Energieträger. FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler sagte am Mittwoch: „Die Entlastung von den hohen Gaskosten sollte nicht dazu führen, dass Haushalte mit einer Öl- oder Pelletheizung unter dem Strich schlechter gestellt werden.“ Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Katja Mast, sagte: „Wir wissen, dass auch andere Energieträger spürbar teurer geworden sind. Darum arbeiten wir auch hier an Lösungen, um Härtefälle abzufedern. Dabei müssen dieselben Maßstäbe wie bei der Gaspreisbremse gelten.“

Eine von der Regierung eingesetzte Expertenkommission hatte eine Einmalzahlung für Gaskunden in Privathaushalten und Gewerbe im Dezember vorgeschlagen sowie Preisbremsen für ein Grundkontingent an Gas ab März für diese Gruppen. Für Großkunden in der Industrie soll den Vorschlägen zufolge ab Januar eine Gaspreisbremse greifen.

Köhler sagte, der Umstieg von Gas auf alternative Energieträger müsse auf jeden Fall finanziell attraktiv bleiben. „Problematisch wäre außerdem, wenn die Ent-

lastung bei den Gaskosten dazu führt, dass Brennstoffwechsel von Gas auf Öl in der Industrie rückgängig gemacht werden oder gar nicht erst stattfinden. Angesichts eines drohenden Gasmanagements wäre es fatal, wenn die finanzielle Entlastung zu einem höheren Gasverbrauch führen würde.“

Nach den ersten Vorschlägen arbeite die Gas- und Wärmekommission mit Hochdruck an einem umfassenden Maßnahmenpaket, so Köhler, der die Kommission berät. „Ob dann darüber hinaus noch weiterer Handlungsbedarf besteht, wird sich zeigen.“

Der Wirtschaftsverband Fuel und Energie (en2x) teilte mit: „Heizölnutzer sollten bei staatlichen Hilfsmaßnahmen gegenüber Erdgas- und Fernwärmekunden nicht benachteiligt werden.“ Die Ölheizung leiste einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit, ihre Nutzer hätten weiterer des Kriegs in der Ukraine aber deutlich gestiegene Brennstoffkosten zu schultern. Der Heizölpreis habe sich seit Jahresbeginn im Bundesdurchschnitt fast verdoppelt. Es gehe um bundesweit rund zehn Millionen Haushalte mit Ölheizung.

Der Deutsche Energieholz- und Pellet-Verband betonte, im Vergleich zum Vorjahr habe der Preis für Pellets in den vergangenen drei Monaten um rund 200 Prozent höher gelegen.



Der Heizölpreis habe sich seit Jahresbeginn im Bundesdurchschnitt fast verdoppelt. FOTO DPA

Mehr als 200 iranische Drohnen abgeschossen

Gegenseitige Sanktionen von EU und Iran

Kiew/Brüssel Die Ukraine hat seit Mitte September nach eigenen Angaben mehr als 200 iranische Drohnen über dem Land abgeschossen. Seit dem „ersten Abschuss einer Kamikaze-Drohne vom Typ Schahed 136 aus iranischer Produktion über ukrainischem Territorium am 13. September in Kupjansk“ habe die Luftabwehr „223 Drohnen dieses Typs zerstört“, teilte die ukrainische Armee am Mittwoch im Kurzbotschaftendienst Telegram mit.

Außenminister Dmytro Kuleba teilte mit, dass er Präsident Wolodymyr Selenskyj vorgeschlagen habe, die diplomatischen Beziehungen zu Teheran abzubauen.

Die EU will mit neuen Sanktionen gegen den Iran

auf den russischen Einsatz iranischer Drohnen reagieren.

Unterdessen hat der Iran als Reaktion auf die ersten europäischen Sanktionen mehr als ein Dutzend britische Personen und Einrichtungen auf eine Terrorliste gesetzt. Mit Sanktionen belegt wurden unter anderem der britische Geheimdienst GCHQ, in London ansässige persischsprachige Medienhäuser wie BBC Persian sowie Politiker und Offiziere, wie Irans Außenministerium am Mittwoch mitteilte. Die Sanktionen umfassen Einreisepässe und Einfrieren von Vermögen im Rahmen der juristischen Zuständigkeit durch iranische Behörden. Iran macht sie für „Gewalt und Terrorakte“ verantwortlich. AFP/dpa



Johann von Frankenberg hat das Hilfsprojekt der Csilla von Boeselager Stiftung in Odessa besucht und dabei auch beim Verteilen von Spendengütern mit angepackt. Das Projekt wird auch mit Spendengeldern unseres Verlages unterstützt. FOTO PRIVAT

Hilfe unter Lebensgefahr

ODESSA. Bomben und Raketen halten die Boeselager-Stiftung nicht davon ab, den Menschen in der Ukraine zu helfen. Spenden unserer Leser kommen an, auch in Odessa und dem umkämpften Saporischschja.

Von Ulrich Breulmann

Seit mehr als 20 Jahren betreut die Csilla von Boeselager Stiftung Hilfsprojekte in der Ukraine. Seit acht Monaten tobt der fürchterliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Anfang März hat unser Verlag in Kooperation mit der Csilla von Boeselager Stiftung für die vom Krieg gemarterten Menschen in der Ukraine eine Hilfsaktion gestartet. Und die dort eingegangene Hilfe – bisher rund 400.000 Euro – kommt an.

Davon konnte sich jetzt Johann von Frankenberg vor Ort überzeugen. Der 46-jährige ist im Vorstand der Stiftung verantwortlich für Projekte. Er besuchte die Stadt Odessa am Schwarzen Meer, wo die Stiftung während des Krieges mit einem Kooperationspartner ein neues Hilfsprojekt gestartet hat.

Was er dort in Odessa gesehen hat, hat Johann von Frankenberg tief beeindruckt: „Unsere Partner vor Ort sind eine rein ehrenamtlich agierende Hilfsorganisation namens New Dawn, die sich erst vor sechs Monaten organisiert

hat und den Notleidenden des Krieges auf vielen Wegen beeindruckende Hilfe leistet“, berichtet von Frankenberg.

So habe New Dawn in Odessa bisher etwa 15.000 Heimatvertriebene mit Lebensmittelpaketen, Wäsche etc. versorgt. „Sie fahren in die frontnahen Dörfer und verteilen dort mit Artilleriefeuer im Hintergrund Hilfsgüter an alte Menschen, die nicht geflohen sind“, sagt von Frankenberg. Ein Krankenhaus habe man mit neuen Fenstern ausgestattet.

Kind noch nie gesehen

Über Monate habe New Dawn die Stadt Mykolaev mit Trinkwasser versorgt. „Sie kümmern sich um traumatisierte Kinder, die wochenlang während der Kampfhandlungen in Bunkern saßen und bringen Zauberer und Clowns zu ihnen“, sagt von Frankenberg, der ebenfalls nur ehrenamtlich für die Stiftung arbeitet. All diese Hilfe könne New Dawn auch deshalb leisten, weil die Csilla von Boeselager Stiftung in den vergangenen Monaten allein neun Lkw mit Hilfsgütern



immer so beeindruckend, hauptsächlich gar keine Ukrainer, die da die Hilfe leisten, sondern das sind hauptsächlich polnische Albertiner-Brüder, die es als ihre Aufgabe sehen, unter Lebensgefahr zu helfen. Das tun sie ohne Not, denn sie könnten ja auch sagen: „Ich bin Pole, warum sollte ich mich hier in Lebensgefahr für Ukrainer begeben?“

Bei Johann von Frankenberg hat sein Besuch in Odessa tiefe Spuren hinterlassen, beispielsweise auch diese: „Da waren diese Unmengen an Weizen-Lkw, an Getreide-Lkw. Wenn wirklich permanent 30, 40 Getreide-Lkw hintereinander die Straßen aus dem Land entlang Richtung Hafen fahren, das war noch ein ganz eindrückliches Erlebnis.“

Sein Fazit von dieser Reise steht fest: „Der Krieg ist sinnlos und grausam. Aber ich habe gelernt, dass Menschen in einem Krieg ihr Leben intensiver leben und erleben als wir in unserem ‚sicheren‘ Wohlstand. Wir sollten uns also nicht aufregen, wenn das Essen im Restaurant mal wieder etwas länger dauert oder der Zug Verspätung hat. Die Probleme sind relativ.“

.....
Spendenkonto: Csilla von Boeselager Stiftung Osteuropahilfe, Sparkasse Arnsberg-Sundern, IBAN: Leserspende, IBAN: DE41 4665 0005 0000 0333 32

Finnland will Grenzzaun

Helsinki. Finnland soll an der Grenze zum großen Nachbarn Russland einen Zaun bekommen. Alle im Parlament vertretenen Parteien hätten dafür ihre Unterstützung ausgesprochen, teilte Ministerpräsidentin Sanna Marin nach einem Treffen der Parteispitzen mit. „Es geht darum, sicherzustellen, dass die Grenze gut kontrolliert ist“, sagte die Regierungschefin dem Sender Yle. „Und dass wir die Situationen, die an der Grenze entstehen könnten, präventiv beeinflussen können.“ Nach einem Vorschlag des Grenzschatzes soll der Zaun eine Länge von 130 bis 260 Kilometern haben. dpa

Steinmeier verschiebt Reise

Berlin. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat eine geplante Reise in die Ukraine kurzfristig verschoben. Dafür ausschlaggebend waren nach dpa-Informationen Sicherheitsgründe. Steinmeier wollte sich an diesem Donnerstag in dem von Russland angegriffenen Land aufhalten und sich in Kiew auch mit Präsident Wolodymyr Selenskyj treffen. Russland beschießt die Ukraine und auch die Hauptstadt Kiew seit Tagen mit Drohnen. Die offiziell nicht angekündigte Reise soll den Informationen zufolge zeitnah nachgeholt werden. Auch „Stern“ und „Bild“ berichteten über die vorläufige Absage. dpa

Mehr Plätze für Geflüchtete gefordert

Düsseldorf. Der Städte- und Gemeindebund NRW fordert vom Land eine deutliche Ausweitung der Unterbringungsplätze für Geflüchtete aus der Ukraine. Nordrhein-Westfalen müsse mindestens 40.000 zusätzliche Plätze schaffen, verlangte der Verband am Mittwoch. Hierzu müssten Bund und Land eigene Gebäude wieder aktivieren und nutzen. Zudem müssten den Kommunen über das Jahr 2022 hinaus die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Einen entsprechenden Beschluss hat das Präsidium der Vertretung von 361 Städten und Gemeinden in NRW gefasst. dpa

Israel wird keine Waffen liefern

Tel Aviv. Trotz der russischen Angriffe mit Kampfdrohnen iranischer Bauart schließt Israel Waffenlieferungen an die Ukraine weiter aus. „Ich möchte betonen, dass Israel wegen einer Anzahl operativer Erwägungen keine Waffensysteme an die Ukraine liefern wird“, sagte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz vor Botschaftern aus EU-Ländern. Man stehe an der Seite der Ukraine, der Nato und des Westens und werde weiter humanitäre Hilfe schicken, bekräftigte er gleichzeitig. Außerdem könne Israel der Ukraine bei der Einrichtung eines Frühwarnsystems helfen, das Menschenleben retten könne. Man habe um entsprechende Informationen gebeten. dpa

Berlusconi empört mit Putin-Aussage

Der Ex-Ministerpräsident torpediert erneut die Regierungsbildung in Italien.



Liebesgrüße nach Moskau: Silvio Berlusconi nannte Wladimir Putin einen seiner fünf besten Freunde. FOTO DPA

Veröffentlichung des Audio-Mitschnitts nur, dass Berlusconi weiter auf der Linie Europas sei.

In der Tonaufnahme sagte der frühere Regierungschef, dessen Forza Italia als kleiner Partner einer Rechtskoalition die künftige Regierung bilden will: „Ich habe

die Beziehungen zu Präsident Putin wieder ein bisschen aufgenommen, ein bisschen viel, sodass er mir zu meinem Geburtstag 20 Flaschen Wodka geschickt hat und einen sehr süßen Brief.“ Berlusconi erzählte dann, er habe Putin im Gegegnung italienischen Wein

geschickt und „einen ebenso süßen Brief“.

Wie eine Sprecherin der EU-Kommission am Mittwoch betonte, ist der Import von Spirituosen aus Russland eigentlich verboten. Ob die Strafmaßnahme auch für Geschenke gilt, war zunächst unklar.

Einige Italiener und Ukrainer sorgen sich um die Unterstützung des Mittelmeeres für Kiew im Krieg gegen die Russen, wenn die neue Regierung unter der Wahlsiegerin Giorgia Meloni von den rechtsradikalen Fratelli d'Italia im Amt ist. Berlusconi hatte erst vor Wochen behauptet, Putin sei zum Angriff gedrängt worden. dpa